Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Reichsmark, für auswärts 0.35 Reichsmark, für das Ausland 0.50 Reichsmark. Die Reklamezeile, 79 mm breit, kostet 1.00 Reichsmark, für auswärts 2.00 Reichsmark. – Die Briefgebühr für Buchstabenangaben beträgt 0.10 Reichsmark. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 R.-Mark. Bestellung für Monat Dezember 2.00 Reichsmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich (Kr. 15. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich 0.90 Reichsmark, nach dem Auslande 1.20 Reichsmark. Einzelnummer 15 R.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 291 — Sonntag, 13. Dezember 1925 — XXXIII. Jahrg.

Heute Beauftragung Dr. Luthers?

Die bevorstehende Hilfsaktion für die Beamten — Der Kampf um die Erhöhung der Erwerbslosenbezüge
Weitere Steigerung der Inflation in Frankreich

Die Flucht vor dem Franken

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. **Paris**, 12. Dezember. In der heutigen Morgenpresse wird übereinstimmend erklärt, daß das unaufhaltsame neuere Sinken des Franken sowohl in Bankkreisen als auch in Wirtschaftskreisen sehr starke Niedergeschlagenheit hervorgerufen habe. Der „Matin" veröffentlicht an leitender Stelle die Mitteilung, daß man in der französischen Staatsbank eine weitere Steigerung der Inflation für notwendig halte. Das Blatt macht starke Propaganda gegen den Finanzminister Loucheur und teilt mit, daß in den Handelskammern der Kammer gestern abend nur mehr zu der raschen Durchführung der Wahlreform und Auflösung des Parlaments gesprochen wurde. Die Finanzprojekte Loucheurs machten keinen Eindruck mehr auf die Politiker. In der Tat nimmt in den parlamentarischen Kreisen die Opposition gegen den Finanzminister Loucheur von Tag zu Tag größeren Umfang an. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß es Loucheur nicht gelingen werde, seine neuen Steuerprojekte im Parlament durchzubringen. Die Ungewißheit der Situation trägt dazu bei, die Vertrauenskrise im Lande mehr und mehr zu verschärfen. Die Flucht vor dem Franken nimmt nachgerade einen beängstigenden Umfang an. Aus allen Teilen des Landes kommen gewaltige Kaufaufträge für ausländische und inländische Effekten an die Pariser Börse. Sie überwiegen das Angebot in hohem Maße, was natürlich eine Steigerung aller dieser auf Sachwerten basierenden Titel zur Folge hat. Es sind nicht die berufsmäßigen Spekulanten, die in letzter Zeit diesen Massenaufkauf in Szene setzten, sondern hauptsächlich das Privatpublikum, das sich auf diese Weise vor der weiteren Entwertung des französischen Geldes schützen will. Es ist klar, daß diese Flucht vor dem Franken viel zur Verschlechterung des französischen Wechselkurses beitragen muß. Die Schädigungen kommen also nicht von ausländischer Seite, sondern aus dem Innern des Landes selbst. Sie sind eine Folge des weichenden Vertrauens. Anderseits wird auch mehr als je versucht, Kapitalien ins Ausland zu schaffen. Fast täglich hört man aus allen Grenzzonen von Verhaftungen und Beschlagnahmen großer Summen, die über die Grenze geschmuggelt werden sollten.

Stockende Verhandlungen

Von unserm B-Mitarbeiter

Berlin, 12. Dezember. (Eig. Drahtbericht)

Die Verhandlungen über die Kabinettsbildung sind auch gestern nicht recht in Fluß gekommen. Entgegen seinem ursprünglichen Vorsatz sah der Reichspräsident davon ab, außer Herrn Scholz von der Volkspartei auch noch die Führer der andern für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien zu empfangen. Untereinander sind die Fraktionen gestern auch nicht in Fühlung getreten, so daß vorläufig wieder eine Stockung festzustellen ist. Demokraten und Zentrum sind nach wie vor der Meinung, daß mit den Sozialdemokraten, die natürlich an ihren Leitsätzen allerhand Abstriche vornehmen müßten, ein Mindestprogramm bei gutem Willen auf allen Seiten vereinbart werden könnte. In der Volkspartei ist man dagegen trotz der erneut bargelegten Bereitwilligkeit, in eine Diskussion mit den Sozialdemokraten zu treten, skeptisch gestimmt. In der Erwerbslosenfrage, die einen wichtigen Bestandteil des sozialdemokratischen Programms bildet und die bereits heute das Reichstagsplenum beschäftigen soll, bestehen scharfe Gegensätze. Der Haushaltsausschuß hat gestern abend den Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses, der eine allgemeine 40prozentige Erhöhung vorsah, umgestoßen und schlägt eine Erhöhung von 20 Prozent vor. Die Regierung erklärt, daß auch dieser Satz nicht für sie tragbar sei. Die Sozialdemokraten verlangen 50 Prozent. Die Gegensätze sind also gewaltig. Ganz besonders stößt man sich in der Volkspartei aber an den „persönlichen Garantien", auf die in dem sozialdemokratischen Beschluß hingedeutet wird und denen man nicht glaubt, gerecht werden zu können.

Bisher hat sich Hindenburg noch nicht zu entschließen vermocht, einen Politiker mit der Aufgabe zu betrauen, den Stier bei den Hörnern zu packen und die Kabinettsbildung zu versuchen. In der „Deutschen Tageszeitung" hatte gestern abend ein „tiefständiger" Kenner des Staats- und Verfassungsrechtes auseinandergesetzt, zunächst müßten die Parteien sich untereinander einigen. Es fiele dem Reichspräsidenten auch nicht im Traume ein, sie aus solcher Verlegenheit zu erretten und eine ihnen geeignete Persönlichkeit mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Diese Auffassung stellt die Dinge einfach auf den Kopf. (Vgl. dazu auch unsre Ausführungen zur Krise in der gestrigen Ausgabe der Dr. N. N. D. Red.) Die Zusammenstellung eines Ministeriums ist noch nie und nimmer die Aufgabe des Reichspräsidenten gewesen. Vielmehr beschränken sich seine Funktionen darauf, nach Ergründung der Situation den einen oder andern mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Die Aufgabe dieses neuen Mannes ist es dann, sich ein Kabinett aus den Leuten zusammenzustellen, mit denen er glaubt, gemeinsam arbeiten zu können. Daß gegen diese in allen wirklich parlamentarisch regierten Ländern geübte gute Praxis bei uns vielfach gesündigt worden ist, steht fest. Das ist aber noch kein Grund, in alle Ewigkeit in den gleichen Fehler zu verfallen.

Im Augenblick liegen die Dinge nun so, daß das Terrain nach allen Richtungen erkundet ist. Die Parteien, auf die es ankommt, haben durch die Bank, nur in den Nuancen verschieden, ihre Bereitschaft ausgesprochen, mitzutun. Die näheren Bedingungen zu erforschen, unter denen die gemeinsame Arbeit möglich wäre, ist nun Aufgabe des kommenden Mannes. Man nimmt in unterrichteten Kreisen auch an, daß die Betrauung Luthers mit der Bildung auch des neuen Kabinetts noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen wird. Natürlich beginnen dann die wirklichen Schwierigkeiten erst. Denn erst jetzt wird sich zeigen, ob die theoretische Bereitwilligkeit zur Großen Koalition, die mit schöner Einmütigkeit von allen Befragten bekundet wurde, auch die praktische einschließt, ob das Lippenbekenntnis zur Tat wird.

Was die Regierung den Beamten geben will

VDZ. **Berlin**, 11. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages machte Staatssekretär Fischer vom Reichsfinanzministerium den folgenden Regierungsvorschlag zu der geplanten Hilfsaktion für die Beamten.

Der Regierungsvorschlag

sieht folgendes vor:

1. Es soll den Beamten, Wartegeld- und Ruhegehaltsempfängern, Angestellten- und Beamtenhinterbliebenen der Gruppen 1 bis 4 eine einmalige Zuwendung in Höhe von einem Viertel eines Monatsbezuges; 2. den Beamten usw. der Gruppen 5 und 6 eine solche von einem Fünftel des Monatsbezuges gegeben werden, wobei der Mindestbetrag für die Ledigen auf 80 M. festgesetzt wird, der sich für jeden Frauen- und Kinderzuschlag um je 5 M. erhöht und für Vollwaisen 10 M. beträgt. 3. Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sollen eine Zuwendung von einem Viertel eines Monatsgehaltes erhalten.

Der Vertreter der Regierung erklärte, dieser Vorschlag sei das äußerste Entgegenkommen, zu dem sich die Regierung entschließen könne. Nach längerer Aussprache entschloß sich der Ausschuß,

den Vorschlag der Regierung abzulehnen

Es wurde ein Antrag des Zentrums angenommen. Dieser Antrag verlangt, daß der allgemeine Teuerungszuschlag für die Beamten der Gruppen 1 bis 4 von 12,5 Prozent auf 25 Prozent, für die Beamten der Gruppen 5 und 6 von 12,5 Prozent auf 20 Prozent erhöht werden soll. Diese Beträge sollen kapitalisiert und in einer einmaligen Summe ausbezahlt werden.

Der Schatten Moskaus

Von David Lloyd George
ehemaligem Premierminister Großbritanniens

(Nachdruck und Uebersetzung im ganzen oder einzelner Teile verboten. — Copyright by United Press Associations of America: reproduction in full or in part prohibited.)

Es ist bezeichnend, daß die öffentliche Meinung der Länder, die an der Unterschrift der Locarno-Verträge beteiligt sind, nicht beabsichtigt, die Staatsmänner auf ihren Lorbeeren ausruhen zu lassen, sondern an den nächsten Schritt zur Befestigung jenes Weltfriedens denkt, der der Traum aller ernsthaften Menschen ist, die den Weltkrieg erlebt haben und sich seiner Tragödien erinnern. Nun, da die Garantien der Locarno-Verträge, die noch vor kurzem so schwer zu erfüllen erschienen, wenigstens in einem geregelten Dokument niedergelegt sind, ist das Wort „Entwaffnung" auf aller Lippen. Seitdem die Großmächte so weit gegangen sind, zu beschließen, daß niemand von ihnen kämpfen sollte — warum nicht ganz und gar abrüsten? Das ist der Gedanke, der überall hervortritt und sich kristallisiert. Er scheint in der Tat der einzige vernünftige Abschluß des Vertrages von Locarno zu sein. Aber so dachten wir auch damals, als alle Nationen der Erde — einschließlich der Vereinigten Staaten — sich in Versailles als Anhänger des Völkerbund-Statuts erklärten.

Was sind nun die Schwierigkeiten, die solchem Idealzustand im Wege stehen? Sie sind keinesfalls unüberwindlich, aber im Augenblick sind es doch sehr reale Schwierigkeiten. Das Haupthindernis ist der Zustand Rußlands und seine Beziehungen zu dem übrigen Europa. Ebenso wie die Zukunft Europas in der Welt in der Hauptsache von der Entwaffnung abhängen wird, so wird die Entwaffnung von Rußland und seiner Haltung dem Völkerbund gegenüber abhängen. Rußland ist immer noch eine Gefahr und eine Bedrohung nicht nur für seine Nachbarn, sondern für alle Teile der Welt. Im Osten wird China von der bolschewistischen Propaganda durchdrungen. Einige seiner Armeen sind aus russischen Arsenalen ausgerüstet und, wie verlautet, von russischen Offizieren ausgebildet worden. Auch der amerikanische Kontinent ist nicht immun gegen diese Propaganda. Jemand, der vor kurzem aus Südamerika zurückkehrte, erzählte mir, daß selbst in einigen der südamerikanischen Republiken die heimtückische und durchdringende bolschewistische Propaganda fühlbar ist.

* * *

Anderseits hat Herr Tschitscherin, einer der fähigsten und vollendetsten Außenminister der Welt, Berlin und Paris besucht, und obgleich seine Erklärungen zum Sicherheitspakt nicht allzu versöhnlich klangen, scheint es doch, daß die Tore Rußlands vernünftigen Unterhandlungen nicht verschlossen sind. Aus zwei Gründen ist es wichtig, daß ein Frieden mit Rußland erreicht werde, zur Stabilierung Europas und tatsächlich der Welt. Unterhielte Rußland freundschaftliche Beziehungen zu seinen Nachbarn und fühlte es sich nicht als ein Ausgestoßener aus der Gesellschaft der europäischen Nationen, so würde es aufhören, die Institutionen der andern anzugreifen. Es ist nicht so sehr die Gefährlichkeit der bolschewistischen Lehre für diese Institutionen als die Tatsache, daß diese unaufhörlichen russischen Angriffe eine Erbitterung in jenen Ländern schaffen und sie veranlassen, Rußland weiterhin als eine Pariahnation zu behandeln. So schließt sich der circulus vitiosus. Rußland übt auf seine Weise Wiedervergeltung, und der Weltfrieden ist aus diesem Grunde stets gefährdet.

Außerdem ist Rußland mit seinen Westgrenzen unzufrieden, die zu einer Zeit festgesetzt wurden, als es mit inneren Angelegenheiten zu stark beschäftigt war, um sie verteidigen zu können. Sollte es sich dagegen bereit finden, dem Völkerbunde beizutreten, so würden seine Beziehungen zu andern Nationen sofort einem Wandel unterworfen sein, und die Grenzfrage könnte auf freundschaftlichem Wege geregelt werden. Aber solange es das nicht tut, ist es eine reine Zeitfrage, daß seine wirtschaftliche Wiedererstarkung es ihm ermöglicht, militärische Maßnahmen zur Beseitigung seiner Beschwerden zu ergreifen.

Im Augenblick kann es seine Armeen nicht ausrüsten, da ihm die Mittel dazu fehlen. Sein Eindringen in Polen schlug fehl wegen des Mangels an der einfachsten militärischen Ausrüstung. Es besaß nicht einmal genügend Wagen, um den Truppen Lebensmittel und Munition zuzuführen. Rußlands wirtschaftlicher Aufbau würde in der jetzigen Situation notwendigerweise eine Verbesserung seiner militärischen Rüstungen bedeuten. Rußland ist heute eine feindselige Nation im Kampfe mit dem Rest der Zivilisation. Im Augenblick sind seine Armeen zum Angriff zu schlecht ausgerüstet, aber mit fortschreitendem wirtschaftlichen Wiederaufbau wird es besser bewaffnet sein als 1914. Trotzki ist wiederum an der Macht, und er ist ein andrer Administrator als der unfähige korrupte Suchomlinow, der Millionen ohne genügend Gewehre, Kanonen und Munition auf die Schlachtfelder sandte. So würde das bolschewistische Rußland früher oder später auf einen seiner Nachbarn einschlagen und ihn in Stücke reißen, und der Friede der Welt würde aufs neue gefährdet sein.

* * *

Was würde Frankreich in einem solchen Falle tun? Was könnte es tun? Die russische Grenze ist weit. Rußland ist von allen Ländern der Welt am schwierigsten anzugreifen, und noch schwieriger zu besiegen. Napoleon war nicht der einzige militärische Führer, der diese Erfahrung machen mußte. Es ist daher kein Wunder, daß die Befürchtungen der Kleinen Entente durch die Unterzeichnung der Locarno-Verträge und der ihr darin gegebenen Garantien nicht gänzlich beseitigt sind. Man kann von ihr nicht erwarten, daß sie ihre erhöhten Rüstungen aufgibt, bevor die russische Frage geregelt ist. Unglücklicherweise nimmt Rußland im Augenblick denselben Standpunkt dem Völkerbund gegenüber ein, wie die Vereinigten Staaten. Herr Tschitscherin sagte darüber in Berlin vor einigen Tagen das Folgende:

„Auf keinen Fall werden wir dem Völkerbund in seiner jetzigen Form beitreten. Wäre ich ein Deutscher, ich würde nicht für den Eintritt in den Völkerbund sein und mich so meiner Handlungsfreiheit begeben. Der Völkerbund mit seinen künstlichen Mehrheiten, seinen Kollektiventscheidungen, seinem Recht, Armeen durch friedliches Gebiet marschieren zu lassen und Sanktionen zu verhängen, könnte Nationen leicht zwingen, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln... Selbst wenn Deutschland dem Völkerbund beitritt, wird sich unsre grundsätzlich ablehnende Haltung nicht ändern. Wir würden gerne mit einem andern Völkerbund zusammen arbeiten, aber mit diesem künstlichen Gebilde niemals."

Das erweckt nicht gerade Hoffnungen. Es hilft uns auch nicht weiter. Aber solange Sowjetdiplomaten so sprechen, wird die Entwaffnung schwierig sein.

Während die europäischen Staatsmänner von Entwaffnung reden, und „der Geist von Locarno" Europa durchdringt, hat der Kriegssekretär der Vereinigten Staaten dem Präsidenten seinen jährlichen Bericht vorgelegt, in dem er eine Erhöhung des Bestandes von 150 000 Mann in der regulären Armee empfiehlt. Er deutet die Möglichkeit eines Angriffs auf den Panama-Kanal und die Hawai-Inseln an und spricht von den Munitionsreserven für zwei Feldheere von einer Million Mann. Es gibt Leute, die ebenso sprechen, auch in Europa, und die Kriegsfurcht und Kriegsverdacht nähren. Wenn Amerika, das weit entfernt von der Gefahrenzone liegt, von der Furcht vor Angriffen und Invasionen besessen ist, kann man sich dann wundern, daß Frankreich, das innerhalb von hundert und einigen Jahren dreimal durch feindliche Heere verwüstet worden ist, keine Neigung dazu zeigt, abzurüsten oder seine Sicherheit aufs Spiel zu setzen? Ist es dann etwas sonderbar, daß die Tschecho-Slowakei und Polen, die eben erst der Knechtschaft entronnen sind, nachdem die Tyrannei das eine Land anderthalb Jahrhunderte, das andre gar mehr als doppelt so lange gefesselt hatte, nun um ihre Zukunft besorgt sind? Zumal das bolschewistische Rußland, ein grimmiger und stolzer Verbannter aus der Bruderschaft der Nationen, an ihren hinüberspäht über eine nicht durch Graben noch Turm geschützte Grenze.

* * *

Nichtsdestoweniger haben die europäischen Staatsmänner recht, wenn sie jede Anstrengung machen, um die enormen Rüstungen zu vermindern und die ungeheuren Kosten herabzusetzen, die aus den endlosen

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19251213/1